

Niederschrift

über die 002. (FiWi) 11-16 öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Schortens

Sitzungstag: Mittwoch, 08.02.2012
Sitzungsort: Rathaus Heidmühle, Oldenburger Str. 29
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende/r

RM Peter Eggerichs

Ausschussmitglieder

RM Prof.-Dr. Hans Günter Appel
RM Horst-Dieter Freygang
RM Axel Homfeldt
RM Elena Kloß
RM Dörthe Kujath
RM Hans Müller
RM Heinrich Ostendorf
RM Susanne Riemer

Von der Verwaltung nehmen teil:

VA Uta Bohlen-Janßen
Bürgermeister Gerhard Böhling
StA Anke Kilian
StOAR Elke Idel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 30.11.2011 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

6. 4. Quartalsbericht 2011 Teilhaushalt 11 -
Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung **SV-Nr. 11//0120**

VA Bohlen-Janßen erläutert den Bericht und teilt mit, dass es sich um die Zahlen - Stand 09.01.2012 - handelt.

Auf Nachfrage von RM Ostendorf erläutert VA Bohlen-Janßen, dass die Abschreibungen noch nicht gebucht sind, da noch keine Eröffnungsbilanz erstellt wurde.

RM Riemer merkt an, dass ein wesentliches Ziel erreicht wurde, indem sich der Zuschussbedarf gegenüber dem Planwert um 103,8 T€ verringert habe.

RM Freygang fragt nach, wann mit der ersten Eröffnungsbilanz zu rechnen ist. STOAR Idel teilt mit, dass die Belegprüfung des Rechnungsprüfungsamtes nunmehr fast abgeschlossen sei, und dass die erste Eröffnungsbilanz so schnell als möglich vorgelegt werde.

RM Freygang regt an, dass ein Entschuldungskonzept jährlich vorgelegt werden könnte.

7. 4. Quartalsbericht 2011 Teilhaushalt 61 - Allgemeine Finanzwirtschaft
SV-Nr. 11//0121

VA Bohlen-Janßen stellt den Bericht vor und erläutert, dass die höheren Erträge aus den Schlüsselzuweisungen resultieren.

Auf Nachfrage von RM Appel teilt VA Bohlen-Janßen mit, dass es sich bei Überschüssen um Einnahmen handelt.

8. Vorläufiges Rechnungsergebnis 2011 und Budgetausgleiche **SV-Nr. 11//0134**

STOAR Idel erläutert, dass in das vorläufige Rechnungsergebnis Abschreibungen in Höhe der Planwerte eingerechnet wurden. Es ergibt

sich ein Fehlbetrag in Höhe von 610.541,62 €

Zu Budgetüberschreitungen ist es in den Teilhaushalten 11,14 und 21 gekommen. Ein Budgetausgleich ist unter den einzelnen Teilhaushalten möglich.

Auf Nachfrage von BM Böhling erläutert STOAR Idel, dass der tats. Fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit entsprechend der Jahre unter Pkt. 18 des Plan-Ist Vergleiches zu sehen ist.

Auf Anfrage wird RM Eggerichs erläutert, dass der Fehlbetrag in den Jahren 2010 und 2011 zusammen 1,4 Mio € ausmacht.

9. Ergänzung zur SV-Nr. 11//0038 "Anpassung des Kostentarifs der Verwaltungskostensatzung" **SV-Nr. 11//0123**

VA Bohlen-Janßen stellt die Ermittlung des Kostentarifs vor. Auf Nachfrage von RM Homfeldt erläutert VA Bohlen-Janßen, dass es sich bei den ermittelten Stundensätzen um Vollkosten, also Personalkosten inklusive Nebenkosten handelt.

RM Freygang spricht sich für eine Orientierung an den Kosten der Stadt Schortens aus.

STAR Stamer erläutert, dass es sich bei den ermittelten Stundensätzen um Durchschnittswerte handelt. Ausgehend von einer kleinen Stadt wie Schortens, unterliegt der Stundensatz bei Veränderungen größeren Schwankungen, als der Durchschnittsstundensatz, der von der KGST ermittelt wurde.

Unter diesem Aspekt spricht sich RM Freygang dafür aus, die Anpassung des Kostentarifs der Verwaltungskostensatzung auf der Grundlage der von der KGST ermittelten Stundensätze vorzunehmen.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

Der dem Originalprotokoll im Original beigefügte Kostentarif als Anlage der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) wird auf der Grundlage der höheren Landespauschsätze beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verwaltungskostensatzung alle zwei Jahre hinsichtlich der Aktualität der Verwaltungsgebühren zu überprüfen.

10. Erweitertes Konzept Bürgerhaushalt **SV-Nr. 11//0119**

STA Kilian stellt das erweiterte Konzept zur Durchführung des neuen Bürgerhaushaltes, sowie das KDO Modul Bürgerhaushalt vor.

RM Homfeldt und RM Freygang sprechen sich für die Anwendung des Moduls Bürgerhaushalt aus, regen jedoch an, auch eine offline-Abstimmung zuzulassen.

RM Riemer spricht sich ebenso für *zwei* Standbeine aus.

RM Ostendorf wünscht die Auflistung der freiwilligen Leistungen in dem vorgestellten Modul mit einer dazugehörenden Kostenaufstellung. RM

Kloß regt an, Maßnahmen ein zu pflegen, die seitens der Verwaltung schon in Planung seien. RM Homfeldt regt an, hierzu den Themenbaum des Moduls zu nutzen.

RM Ostendorf wünscht sich als Ergebnis eines durchgeführten Bürgerhaushaltes am Ende auch eventuelle Kürzungen.

Auf Nachfrage von RM Freygang teilt STOAR Idel mit, dass der Abschlussbericht des Bürgerhaushaltes dem Haushalt beiliegt und somit jedem Bürger zugänglich ist.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Der Verfahrensweise zum erweiterten Konzept Bürgerhaushalt wird mit der Ergänzung zusätzlich eine offline-Abstimmung zuzulassen, sowie eine Leistungsbeschreibung und Kostenaufstellung der einzelnen Projekte im Modul für den Bürger sichtbar zu machen, zugestimmt.

11. Neufassung Richtlinie Familienförderung bei Baugrundstücken und Altbauten **SV-Nr. 11//0049**

BM Böhling merkt an, dass die Streichung der Familienförderung im Haushaltssicherungskonzept angeregt wurde, diese war bis zum 31.12.2011 befristet.

RM Homfeldt erläutert, dass die Familienförderung gut für die Stadt sei. Nach Meinung von RM Riemer sei die Familienförderung nicht bekannt genug. Ihrer Meinung nach, werde das Geld nur mit genommen, sei aber kein wirklicher Grund in Schortens zu bauen.

Hierzu verweist RM Homfeldt auf den Wirkungskreis des Bereiches Marketing. Seiner Meinung nach sei es oberstes Ziel, die Einwohnerzahlen zu steigern.

Nach Auffassung von RM Appel sei es eine schlechte Imagewirkung, wenn man die Familienförderung beibehalte und gleichzeitig die Grundsteuern anhebe. Seiner Meinung nach sollte daher die Familienförderung abgeschafft werden.

RM Kloß ist ebenfalls der Ansicht, dass die Attraktivität der Stadt gesteigert werden sollte. Hierzu seien aber Instrumente wie z.Bsp. die Kinderbetreuung erheblich wichtiger, als die Familienförderung.

BM Böhling erläutert, dass die Nachfrage an Baugrundstücken hoch sei. Schortens ist bereits attraktiv für neue Bürger. Das liegt jedoch nicht an der Familienförderung, sondern vielmehr in großem Maße an der Kinderbetreuung und dem guten schulischen und kulturellen Angebot.

Es wird mehrheitlich empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die dem Originalprotokoll beigefügten Richtlinien zur Familienförderung werden mit Wirkung zum 1. Januar 2012 nicht fortgeführt.

12. Haushalt 2012 - Teilhaushalt Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung (THH11) **SV-Nr. 11//0087**
STOAR Idel erläutert den Finanz- und Ergebnishaushalt, Teilhaushalt 11.

Auf Nachfrage von RM Freygang teilt STOAR Idel mit, dass die bzgl. des Gebäudemanagements eingereichten Softwareangebote verschiedener Firmen noch ausgewertet werden müssen.

RM Appel merkt an, dass die Wirtschaftsförderung an verschiedene Firmen doch eigentlich in Form von Gewerbesteuern an die Stadt zurück fließen müsste. BM Böhling bestätigt dies.

RM Kloß bittet um Vorstellung der Softwareangebote zum Gebäudemanagement in einer der nächsten Sitzungen.

Es wird mehrheitlich empfohlen:

1. Der Ergebnishaushalt Teilhaushalt 11 – Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung – wird mit einem Zuschussbedarf von 608.265 Euro für den Haushalt 2012 empfohlen.
2. Die Investitionsmaßnahmen 2012 und das Investitionsprogramm 2013 bis 2015 des Teilhaushaltes 11 – Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung – wird für den Haushalt 2012 empfohlen.
3. Als wesentliche Produkte nach § 4 Absatz 7 GemHKVO mit folgenden Zielen werden empfohlen:

P1.1.1.1.204 Liegenschaftsverwaltung

Prüfung und Entscheidung zur Einführung einer zentralen Gebäudemanagementsoftware bis 30.09.2012 mit dem Ziel den Produktivbetrieb in 2013 zu starten.

P1.5.2.2.001 Wohnbauförderung

Erstellung einer Informationsbroschüre zur allgemeinen Wohnbauförderung bis 30.06.2012.

13. Haushalt 2012 - Teilhaushalt 61 Allgemeine Finanzwirtschaft (THH61) **SV-Nr. 11//0135**

STOAR Idel erläutert den zweiten Teilhaushalt, der im Fachbereich Finanzen bearbeitet wird, den Finanz- und Ergebnishaushalt, Teilhaushalt 61.

RM Freygang erkundigt sich, ob bezogen auf den Punkt drei der Sitzungsvorlage ein Gutachter beauftragt wird. BM Böhling erläutert, dass mehrere Unternehmen Interesse an der Abwasserbeseitigung haben und die Angelegenheit mit Hilfe von Fachleuten vorbereitet werde. Die Ergebnisse werden noch im Laufe des Jahres vorgestellt. RM Eggerichs wünscht Zwischenberichte zu dieser Thematik. Das wird zugesagt. RM Ostendorf erkundigt sich, ob die Erhöhung der

Realsteuern hier schon mit eingerechnet wurde. Dies wird verneint, weil es noch keine entsprechenden Beschlüsse gibt.

Es wird mehrheitlich empfohlen:

1. Der Ergebnishaushalt Teilhaushalt 61 – Allgemeine Finanzwirtschaft – wird mit einem Überschuss von 10.173.630 Euro empfohlen.
2. Der Teilfinanzhaushalt Teilhaushalt 61 – Allgemeine Finanzwirtschaft – wird mit einem Überschuss von 9.813.044 Euro empfohlen.
3. Das wesentliche Produkt nach § 4 Absatz 7 GemHKVO mit folgendem Ziel wird empfohlen

P1.6.1.2.001 Sonstige Finanzwirtschaft einschl. Kredite

Überprüfung einer Privatisierung der Abwasserentsorgung bis 31.12.2012.

14. **Haushalt 2012, Investitionsprogramm und Haushaltssicherungskonzept SV-Nr. 11//0136**

STOAR Idel erläutert den Gesamthaushalt. Gleichzeitig wird mitgeteilt, dass zwei zusätzliche Kostenpositionen anfallen. Zum Einen müssen in den Ergebnishaushalt des Teilhaushaltes 10 für die Sanierung der Rathaustoiletten 25.000,00 € eingestellt werden. Zum Anderen fallen Kosten in Höhe von 28.000,00 € für den Kostenanteil der Stadt für die Abbiegespur der Nettozufahrt an.

RM Riemer spricht sich für die Erhöhung der Hundsteuer, sowie der Grundsteuer A und B aus.

STOAR Idel erläutert RM Ostendorf auf Anfrage, dass alle freiwilligen Leistungen in den Fachausschüssen beraten werden und im Bericht zum Bürgerhaushalt mit den Ergebnissen der Fachausschüsse dargestellt werden.

RM Freygang stimmt der Erhöhung der Hundsteuer nicht zu. Im Zeitalter des demographischen Wandels bekomme der Hund immer mehr Bedeutung für den einzelnen Bürger, so dass er gegen eine Hundsteuererhöhung sei. Einer Erhöhung des Realsteuerhebesatzes von 350% auf 380% kann er ebenfalls nicht zustimmen, da er einen Rücklauf der Einwohnerzahlen und Gewerbetreibenden befürchtet. RM Appel spricht sich gegen Steuererhöhungen aus, solange sie nicht zum Schuldenabbau genutzt werden.

RM Eggerichs erläutert, dass in letzter Zeit viele Maßnahmen, die Geld gekostet haben, beschlossen worden sind. Diese Maßnahmen wurden vor allem im Bereich der Kinderbetreuung beschlossen. Alle Maßnahmen, die zum Wohle des Bürgers beschlossen worden sind, können nicht so ohne Weiteres finanziert werden. Die Erhöhungen, die sich aus den Steuererhöhungen ergeben, wären für den Einzelnen nur sehr gering. Seiner Meinung nach schreckt Gewerbesteuererhöhungen die Steuererhöhung nicht ab. Firmen kommen wegen des relativ niedrigen Lohnniveaus.

RM Homfeldt kann einer Steuererhöhung nicht zustimmen, da viele kleine Gewerbesteuererhöhungen betroffen wären, die das Rückgrat der

Stadt bilden.

BM Böhling erläutert, dass ansiedlungswillige Unternehmer nicht nach der Höhe des Hebesatzes fragen. Die Haushaltssituation der Stadt ist zur Zeit so, dass ein Defizit von 1,4 Mio Euro besteht. Der Landkreis hat in diesem Zusammenhang bereits auf die Möglichkeit der Steuererhöhung hingewiesen.

RM Appel weist darauf hin, dass die Stadt freiwillige Leistungen nicht anbieten kann, wenn das Geld dafür nicht vorhanden sei.

RM Eggerichs wünscht zur nächsten Sitzung eine Liste aller Gewerbesteuerzahlenden, die Gewerbesteuern zahlen.

RM Homfeldt weist noch einmal darauf hin, dass seiner Meinung nach die Anzahl der Gewerbesteuerzahlenden, nicht aber die Steuern erhöht werden müsse.

Es wird mehrheitlich empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

1. Die dem Originalprotokoll im Original beigelegte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 werden beschlossen.
2. Das dem Originalprotokoll im Original beigelegte Investitionsprogramm 2012-2015 wird beschlossen.
3. Das dem Originalprotokoll im Original beigelegte Haushaltssicherungskonzept 2012 wird beschlossen.

15. Anfragen und Anregungen:

Es gibt keine Anregungen oder Anfragen.

Nichtöffentlicher Teil: